Ä1 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragsteller*in: Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Änderungsantrag zu D-NO1

Von Zeile 45 bis 48:
Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch gewählten israelischen Regierung erwarten wir umso mehr, dass sie ~~sich im Gegensatz zu Terrororganisationen an internationales Recht hält~~das Völker- und Menschenrecht verteidigt und eine verantwortungsvolle Rolle bei der Erreichung von Frieden in der Region einnimmt.

Begründung

Inhaltliche Klarstellung/Abgrenzung, dass der erwähnte Gegensatz in der Aussicht auf Erfolg im Ändern des Vorgehens besteht, nicht in der Verpflichtung zur Wahrung von Völker- und Menschenrecht. So ist von einer genozidalen, extremistischen Terrororganisation per definitionem keine Achtung desselben zu erwarten. Auf Staaten, die/deren Vertreter*innen demokratische, liberale und völkerrechtliche Prinzipien anerkennen, kann stattdessen aussichtsreich dahingehend eingewirkt werden. Und umso mehr müssen solche Staaten gegen Versuche, die Grundsätze der internationalen Ordnung zu untergraben, diese wahren - gerade weil die Hamas genau darauf abzielt, das auf Kosten der Zivilist*innen zu erschweren.

Unterstützer*innen

Elisabeth Laß (KV Bremen-Ost)